

V-01 Vom Aufstiegsversprechen zur Chancengarantie - damit Herkunft nicht über Zukunft entscheidet

Gremium: KV Essen
Beschlussdatum: 24.09.2026
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein Land, in dem die soziale Herkunft nicht
2 über den Lebensweg eines Kindes entscheidet. Wir lösen das alte, uneingelöste
3 Aufstiegsversprechen durch eine verlässliche Chancengarantie ab: Jedes Kind
4 verdient von Geburt an gute Chancen auf Bildung, Teilhabe und ein
5 selbstbestimmtes Leben. Chancengarantie bedeutet für uns nicht, dass jedes Kind
6 studieren oder möglichst viel verdienen muss. Sie bedeutet, die Freiheit zu
7 haben, den eigenen Weg zu gehen und die eigenen Potenziale zu entfalten – ohne
8 dass Herkunft, der Geldbeutel oder gesellschaftliche Barrieren die Grenzen
9 dieses Weges vorgeben.

10 Doch noch immer werden Chancen in Deutschland vererbt. Kinder aus
11 einkommensarmen oder bildungsbenachteiligten Familien haben schlechtere
12 Bildungschancen, sind häufiger gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt und
13 können seltener an Sport, Kultur und gesellschaftlichem Leben teilhaben. Jedes
14 vierte Kind ist hierzulande von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dass in
15 einem der reichsten Länder der Welt noch immer das Einkommen, der Beruf und der
16 Bildungsabschluss der Eltern maßgeblich darüber entscheiden, welche Chancen ein
17 Kind hat, ist nicht nur zutiefst ungerecht – wir können und wollen es uns als
18 Gesellschaft auch nicht leisten, die Potenziale so vieler Kinder ungenutzt zu
19 lassen.

20 Aktuelle Studien zeigen, wie früh diese Unterschiede entstehen und wie dauerhaft
21 sie wirken. Untersuchungen des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe zeigen
22 bereits im Kleinkindalter deutliche herkunftsbedingte Unterschiede bei
23 sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen. Bis zum
24 Schuleintritt vergrößern sie sich; im weiteren Bildungsweg bleiben sie
25 häufig bestehen. Besonders an den Übergängen unseres Bildungssystems zeigt sich
26 der zusätzliche Einfluss sozialer Herkunft und elterlicher Ressourcen..

27 Die Folgen werden später sichtbar: im Jahr 2024 verließen rund 62.000 junge
28 Menschen allgemeinbildende Schulen ohne Schulabschluss – 7,8 Prozent aller
29 Schulabgänger*innen. Etwa die Hälfte von ihnen sind Schüler:innen mit
30 sonderpädagogischem Förderbedarf, denen unser Bildungssystem noch immer
31 systematisch den Weg zu regulären Abschlüssen und gesellschaftlicher Teilhabe
32 erschwert. Auch beim Zugang zu Ausbildung und Studium bestehen soziale Hürden
33 fort. Das ist nicht nur sozial ungerecht - angesichts des Fachkräftemangels und
34 des demografischen Wandels können wir es uns auch wirtschaftlich nicht leisten,
35 Talente und Potenziale ungenutzt zu lassen. Eine Gesellschaft, die Kindern
36 Chancen vorenthält, verliert zukünftige Fachkräfte - und damit Innovationskraft
37 und Wohlstand.

38 Gleichzeitig erreicht Unterstützung viel zu häufig gerade diejenigen nicht, die
39 sie besonders brauchen. Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ist dafür ein
40 besonders deutliches Beispiel. 15 Jahre nach seiner Einführung erhalten mehr als
41 acht von zehn anspruchsberechtigten Kindern im SGB-II-Bezug den vorgesehenen
42 Betrag für soziale und kulturelle Teilhabe nicht. Komplexe Zuständigkeiten,
43 Nachweispflichten und bürokratische Hürden verhindern, dass Leistungen
44 tatsächlich ankommen. Deshalb brauchen wir einen grundlegenden Systemwechsel:
45 weg von komplizierten Anträgen, hin zu möglichst automatischen Leistungen,
46 einfachen Zugängen und einer modernen, digitalen und stigmatisierungsfreien
47 Umsetzung.

48 In der vergangenen Bundesregierung haben wir Grüne bereits einen wichtigen
49 Grundstein hin zu einer echten Chancengarantie gelegt. Mit dem Startchancen-
50 Programm haben Bund und Länder eines der größten langfristigen Bildungsprogramme
51 Deutschlands auf den Weg gebracht: rund 4.000 Schulen in herausfordernden Lagen
52 und etwa eine Million Schüler*innen erhalten gezielt zusätzliche Unterstützung.
53 Damit wurde ein wichtiger Grundsatz gestärkt: Faire Chancen entstehen nicht
54 dadurch, dass alle das Gleiche bekommen, sondern indem Unterstützung dort
55 ansetzt, wo sie besonders gebraucht wird.

56 Zur Wahrheit gehört aber auch: die Ampelregierung hat nicht alle notwendigen
57 Reformen verwirklichen können. Insbesondere die geplante Kindergrundsicherung,
58 die Leistungen bündeln, vereinfachen und mehr Kinder erreichen sollte, ist nicht
59 umgesetzt worden. Diesen Anspruch geben wir nicht auf.

60 Umso dramatischer ist der Kurs der heutigen Bundesregierung aus CDU, CSU und
61 SPD. Statt die strukturellen Ursachen von Kinderarmut und ungleichen
62 Lebenschancen entschlossen anzugehen, wird soziale Sicherheit zunehmend als
63 Kostenproblem verhandelt. Wenn Bundeskanzler Friedrich Merz längere
64 Arbeitszeiten fordert, „Eigenverantwortung und Gegenleistung“ stärker betont und
65 zugleich vor einem „zu viel des Guten“ beim Sozialstaat warnt, wird das den
66 gesellschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht. Es spielt Menschen gegeneinander
67 aus, statt die strukturellen Ursachen sozialer Ungleichheit anzugehen. Leistung
68 kann man einfordern – faire Chancen muss man ermöglichen.

69 Unsere Antwort darauf ist nicht weniger Eigenverantwortung, sondern mehr
70 Chancengerechtigkeit. Ein starker Sozialstaat nimmt Menschen nicht die
71 Verantwortung für ihr eigenes Leben ab. Er schafft jedoch die Voraussetzungen
72 dafür, dass sie diese Verantwortung tatsächlich wahrnehmen, ihre Potenziale
73 entfalten und ihren eigenen Weg gehen können.

74 Wer bei Kindern, Familien, Bildung und sozialer Infrastruktur kürzt, spart
75 deshalb nicht – er verschiebt höhere Folgekosten in die Zukunft und verspielt
76 Potenziale. Deshalb müssen wir in Prävention, gute Bildung und soziale
77 Infrastruktur investieren und erfolgreiche Ansätze wie das Startchancen-Programm
78 konsequent fortführen und weiterentwickeln. Ein vorsorgender Sozialstaat greift
79 nicht erst ein, wenn Benachteiligungen verfestigt sind, sondern schafft Chancen
80 von Anfang an.

81 Chancengerechtigkeit ist zugleich eine fundamentale Frage unserer Demokratie.
82 Eine lebendige Demokratie lebt von dem Versprechen, dass gesellschaftliche
83 Teilhabe und ein selbstbestimmter Lebensweg allen offenstehen. Wenn Kinder und
84 Jugendliche dagegen von klein auf erfahren, dass Herkunft, Einkommen,

85 Behinderung oder Postleitzahl ihre Möglichkeiten begrenzen, verliert dieses
86 Versprechen an Glaubwürdigkeit.

87 Die Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert daher:

88 1. Früh investieren – Prävention strukturell stärken

89 Gute Sozial- und Bildungspolitik darf nicht erst einsetzen, wenn
90 Benachteiligungen bereits verfestigt sind. Wir wollen Familien früh erreichen,
91 Zugangsbarrieren abbauen und Unterstützung anbieten, bevor aus schwierigen
92 Ausgangsbedingungen dauerhafte Nachteile entstehen.

93 Bislang scheitert Prävention vor Ort zu oft an der kommunalen Haushaltslogik:
94 Viele präventive Angebote werden kommunal als freiwillige Leistungen finanziert
95 und geraten gerade dort zuerst unter Druck, wo die finanziellen Spielräume
96 besonders gering sind. Dabei sind Ausgaben für Prävention keine verzichtbaren
97 Zusatzleistungen, sondern Investitionen, die gesellschaftliche Folgekosten
98 vermeiden und langfristig öffentliche Haushalte entlasten können. Bund und
99 Länder müssen deshalb den rechtlichen und finanziellen Rahmen schaffen, damit
100 Kommunen wirksame Prävention dauerhaft finanzieren können. Der Bund muss zudem
101 den angekündigten Aufwuchs der „Bundesstiftung Frühe Hilfen“ auf 96 Millionen
102 Euro gesetzlich absichern und die Mittel dauerhaft dynamisieren, anstatt die
103 Kommunen bei der Finanzierung präventiver Infrastruktur allein zu lassen.
104 Chancengerechtigkeit darf nicht von der Finanzkraft der Kommune abhängen, in der
105 ein Kind aufwächst.

106 Wir wollen Familienhebammen, Baby- und Familienbesuchsdienste sowie
107 evidenzbasierte Hausbesuchsprogramme flächendeckend verankern und
108 niedrigschwellige, aufsuchende Beratung stärken. Lots*innen sollen Familien
109 durch bestehende Strukturen begleiten und etwa bei der Suche und Anmeldung für
110 einen Kitaplatz unterstützen. Dabei können auch speziell geschulte studentische
111 Hilfskräfte helfen. Gleichzeitig wollen wir Jugendhilfe, Gesundheitsversorgung,
112 frühkindliche Bildung und soziale Angebote im Quartier verbindlicher miteinander
113 verzahnen.

114 Zugänge zur frühkindlichen Bildung vereinfachen

115 Wir wollen den Zugang zur frühkindlichen Bildung grundlegend vereinfachen. Mit
116 einem proaktiven Platzangebot (Opt-out-Regelung) sollen Kinder mit Vollendung
117 des ersten Lebensjahres automatisch für einen Betreuungsplatz berücksichtigt
118 werden und Familien unter Wahrung ihres Wunsch- und Wahlrechts ein konkretes
119 Betreuungsangebot erhalten. Damit kehren wir die bisherige Logik um: nicht die
120 Familien müssen sich ihren Weg durch komplizierte Anmeldeverfahren bahnen,
121 sondern die öffentliche Hand übernimmt Verantwortung dafür, jedes Kind zu
122 erreichen. Zentrale, transparente und diskriminierungsfreie Aufnahmeverfahren
123 sollen zugleich verhindern, dass der Zugang zu einer Kita von trägerspezifischen
124 Auswahlverfahren abhängt, und sozialer Segregation entgegenwirken.

125 2. Kitas stärken – Chancen schaffen

126 Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung. Kitas sind zentrale Bildungsorte
127 und wichtige Knotenpunkte für Familien im Quartier. Die im Entwurf zum KiTa-
128 Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetz (SCQEG) vorgesehene
129 sozialindexbasierte Förderung ist dafür ein wichtiger Schritt. Neue
130 Qualitätsstandards und zusätzliche Aufgaben müssen jedoch dauerhaft und

131 auskömmlich finanziert werden. Der Bund muss seiner finanziellen Verantwortung
132 gerecht werden und eine verlässliche Finanzierung sicherstellen. Wir wollen den
133 sozialindexbasierten Ansatz weiterentwickeln und einen verbindlichen, dauerhaft
134 ausfinanzierten Kita-Sozialindex etablieren, über den zusätzliche Ressourcen
135 verlässlich in besonders belastete Sozialräume gelenkt werden – etwa für
136 kleinere Gruppen, Sprachförderung, Kita-Sozialarbeit und multiprofessionelle
137 Teams.

138 Insbesondere in benachteiligten Quartieren sollen Kitas zu integrierten
139 Familienzentren und niedrigschwelligen Begegnungs- und Beratungsorten
140 weiterentwickelt werden. Dafür wollen wir frühkindliche Bildung, Jugendhilfe,
141 Gesundheitsförderung und soziale Beratung verbindlicher vernetzen. In besonders
142 belasteten Lagen wollen wir Kita-Sozialarbeit als aufsuchendes Angebot
143 etablieren und dauerhaft absichern.

144 Gute frühkindliche Bildung muss von Anfang an inklusiv sein. Wir wollen
145 barrierefreie und inklusive Kitas stärken, multiprofessionelle Teams ausbauen
146 und sicherstellen, dass Kinder mit Behinderungen oder besonderem
147 Unterstützungsbedarf die notwendige individuelle Förderung und Assistenz
148 erhalten. Gleichzeitig brauchen wir mehr pädagogische Fachkräfte,
149 bedarfsgerechte Betreuungsschlüssel, flexible Öffnungszeiten und eine bessere
150 Randzeitenbetreuung. Gute frühkindliche Bildung braucht nicht nur ausreichend
151 Plätze, sondern auch verlässliche Strukturen und gute Arbeitsbedingungen.

152 Ein Chancen-Kitajahr für alle Kinder

153 Damit jedes Kind unabhängig vom Elternhaus Zugang zu hochwertiger frühkindlicher
154 Bildung, Sprachförderung, sozialem Lernen und einer guten Vorbereitung auf die
155 Schule erhält, setzen wir uns im Rahmen einer nationalen Bildungsoffensive für
156 ein beitragsfreies und verpflichtendes Chancen-Kitajahr im letzten Jahr vor der
157 Einschulung ein. Voraussetzung dafür sind ausreichend hochwertige
158 Betreuungsplätze und Fachkräfte. Das Chancen-Kitajahr soll mit einer
159 Qualitätsoffensive und einer konsequenten Strategie zur Gewinnung, Ausbildung
160 und Bindung pädagogischer Fachkräfte verbunden werden. Dazu gehört auch, dass
161 pädagogische Abschlüsse von Zugewanderten schneller anerkannt und Zugänge über
162 Qualifizierungsmaßnahmen geschaffen werden.

163 3. Teilhabe einfach machen – das Bildungs- und Teilhabepaket reformieren

164 Ob ein Kind Fußball spielt, ein Instrument lernt, an einem Schulausflug
165 teilnimmt oder andere Freizeit- und Bildungsangebote wahrnehmen kann, darf weder
166 am Einkommen der Eltern noch an komplizierten Antragsverfahren scheitern.
167 Gesellschaftliche Teilhabe darf kein Privileg sein.

168 Das Bildungs- und Teilhabepaket muss deshalb grundlegend reformiert werden. Wo
169 die Anspruchsvoraussetzungen bekannt sind, sollen Leistungen automatisch gewährt
170 werden, statt Familien mit zusätzlichen Anträgen und Nachweisen zu belasten.
171 Gleichzeitig brauchen wir bundeseinheitliche Standards und einfache digitale
172 Zugänge. Eine bundesweit nutzbare digitale BuT-Karte - wie die bereits in
173 einigen Kommunen eingeführte Bildungs-Card - kann dazu beitragen, Leistungen
174 unkompliziert und möglichst stigmatisierungsfrei in Anspruch zu nehmen.

175 Die Leistungen müssen das soziokulturelle Existenzminimum realistisch abbilden,
176 armutsfest ausgestaltet und regelmäßig an die tatsächliche Kostenentwicklung
177 angepasst werden. Die derzeitigen Leistungen für soziale und kulturelle Teilhabe

178 werden diesem Anspruch nicht gerecht. Auch die Leistungen für den Schulbedarf
179 müssen die real entstehenden Kosten besser berücksichtigen. Ein verlässliches
180 Monitoring soll transparent machen, wie viele anspruchsberechtigte Kinder und
181 Jugendliche tatsächlich erreicht werden. Entscheidend ist nicht, welche
182 Leistungen auf dem Papier existieren, sondern ob sie bei den Kindern ankommen.

183 Teilhabe muss von Anfang an inklusiv gedacht werden. Sport-, Kultur-, Bildungs-
184 und Freizeitangebote müssen auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen
185 zugänglich und barrierefrei sein.

186 4. Bildungsgerechtigkeit verwirklichen – individuelle Potenziale fördern

187 Noch immer hängen Bildungswege in Deutschland stark vom Elternhaus und vom
188 Wohnort ab. Deshalb müssen wir Strukturen verändern, die soziale Ungleichheiten
189 reproduzieren, und Kinder entsprechend ihrer individuellen Ausgangslagen und
190 Bedarfe fördern.

191 Zugänge und Übergänge gerechter gestalten

192 Besondere Aufmerksamkeit brauchen die Übergänge im Bildungssystem. Gerade dort
193 können sich soziale Ungleichheiten verfestigen. Deshalb wollen wir Kita und
194 Grundschule personell und konzeptionell enger miteinander verzahnen – etwa durch
195 gemeinsame Sprachförderkonzepte, multiprofessionelle Teams und eine stärkere
196 Zusammenarbeit im Schuleingangsbezirk. Datenschutzkonforme und kindzentrierte
197 Verfahren sollen die Zusammenarbeit an diesen Übergängen verbessern, ohne Kinder
198 zu kategorisieren oder zu stigmatisieren.

199 Auch die frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schulformen wollen wir überwinden
200 und längeres gemeinsames Lernen über die vierte Klasse hinaus stärken. Kinder
201 entwickeln sich unterschiedlich schnell und brauchen Zeit, ihre Fähigkeiten zu
202 entdecken und zu entfalten. Ihre weitere Bildungsbiografie darf nicht bereits im
203 Alter von zehn Jahren maßgeblich vorgezeichnet werden.

204 Ressourcen nach Bedarf verteilen

205 Ungleiches muss ungleich behandelt werden, damit alle Kinder faire Chancen
206 bekommen. Mit dem Startchancen-Programm haben wir dafür einen wichtigen
207 Paradigmenwechsel eingeleitet: Schulen mit einem hohen Anteil sozial
208 benachteiligter Schüler*innen erhalten gezielt zusätzliche Unterstützung. Diesen
209 Ansatz wollen wir konsequent fortführen, weiterentwickeln und dauerhaft
210 absichern. Die Erfahrungen aus dem Startchancen-Programm wollen wir nutzen, um
211 eine sozialindexbasierte und bedarfsgerechte Finanzierung von
212 Bildungseinrichtungen insgesamt weiterzuentwickeln,

213 zum Beispiel durch eine Aufwertung und entsprechende Umstrukturierung des
214 Schulbudgets nach Sozialindexstufe. Zudem fordern wir die Einführung eines
215 Startchancen-Programms für Kitas.

216 Inklusive Bildung verwirklichen

217 Inklusive Bildung ist eine Voraussetzung für echte Chancengerechtigkeit. Im
218 Sinne der UNESCO-Erklärung von Salamanca bedeutet Inklusion für uns das Recht
219 aller Kinder und Jugendlichen – unabhängig von Behinderung, sozialer Herkunft,
220 Sprache oder Geschlecht –, gemeinsam zu lernen und sich barrierefrei zu
221 entfalten. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder besonderem
222 Unterstützungsbedarf haben dabei genau das gleiche Recht auf hochwertige Bildung

223 und gesellschaftliche Teilhabe wie alle anderen Menschen auch. Ein inklusives
224 Bildungssystem bewältigt Vielfalt als Gewinn für alle Lernenden: Unser
225 Bildungssystem muss sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder
226 orientieren – nicht umgekehrt.

227 Dafür braucht es ausreichend sonderpädagogische und multiprofessionelle
228 Fachkräfte, barrierefreie und inklusive Lernorte sowie verlässliche individuelle
229 Unterstützung. Schulbegleitung und andere notwendige Unterstützungsleistungen
230 müssen unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Gleichzeitig
231 wollen wir strukturelle Lösungen stärken, die Unterstützung selbstverständlich
232 in den Bildungsalltag integrieren, ohne den individuellen Rechtsanspruch auf
233 notwendige Assistenz einzuschränken.

234 Dazu gehört auch eine geschlechtersensible Bildungspolitik, die unterschiedliche
235 Entwicklungsverläufe und Benachteiligungen frühzeitig erkennt und gezielt
236 adressiert, ohne Geschlechterstereotype zu reproduzieren. Pädagogische
237 Fachkräfte wollen wir dafür stärker sensibilisieren und zugleich mehr Vielfalt
238 im pädagogischen Personal fördern.

239 Schule als Lebens- und Erfahrungsraum stärken

240 Schule soll stärker zu einem Ort werden, an dem Kinder und Jugendliche ihre
241 Interessen und Fähigkeiten entdecken und Selbstwirksamkeit erfahren können.
242 Sport, Musik, Kultur, Demokratiebildung und Persönlichkeitsentwicklung sollen
243 selbstverständliche Bestandteile des schulischen Alltags und des Ganztags sein.

244 Dafür wollen wir Schulsozialarbeit als dauerhaftes und verlässlich finanziertes
245 Regelangebot stärken und multiprofessionelle Teams insbesondere an Schulen in
246 herausfordernden Lagen ausbauen. Ganztagschulen und Ganztagsangebote wollen wir
247 stärker mit Sportvereinen, Musikschulen, Kultur-, Jugendhilfe- und anderen
248 Einrichtungen im Sozialraum vernetzen.

249 Gute Bildung braucht schließlich eine moderne und gerechte Infrastruktur. Wir
250 wollen die digitale Teilhabe aller Schüler*innen sichern und den Digitalpakt 2.0
251 verlässlich weiterentwickeln. Finanzschwache Kommunen müssen stärker dabei
252 unterstützt werden, ihre Schulen zu sanieren, zu modernisieren und
253 barrierefreie, zeitgemäße Lernorte zu schaffen.

254 5. Kinderarmut bekämpfen – gesundes Aufwachsen und gute Lebensbedingungen
255 ermöglichen

256 Bildungspolitik allein kann Kinderarmut und ungleiche Lebenschancen nicht
257 überwinden. Wer echte Chancengerechtigkeit schaffen will, muss auch die
258 materiellen, gesundheitlichen und räumlichen Lebensbedingungen von Kindern
259 verbessern. Wir brauchen eine ressortübergreifende Gesamtstrategie gegen
260 Kinderarmut, die finanzielle Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Wohnen und
261 gesellschaftliche Teilhabe zusammendenkt.

262 Kinderarmut strukturell bekämpfen

263 Das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern muss verlässlich abgesichert
264 sein. Wir wollen kindbezogene Leistungen besser bündeln und vereinfachen, damit
265 Unterstützung möglichst automatisch und ohne stigmatisierende Hürden bei den
266 Familien ankommt. Jedes Kind muss unabhängig vom Geldbeutel seiner Eltern Zugang
267 zu gesunder Ernährung, Sport, Musik, Kultur und Freizeit haben. Wir wollen

268 sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien in Kitas und Schulen
269 ein gesundes und kostenfreies Mittagessen erhalten – unkompliziert,
270 bürokratiearm und ohne Stigmatisierung.

271 Gesundheitliche Chancengerechtigkeit stärken

272 Die Chancen auf ein gesundes Aufwachsen dürfen nicht von Einkommen und Wohnort
273 abhängen. Wir wollen Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere in
274 benachteiligten Quartieren ausbauen und Gesundheitsangebote stärker mit Kitas,
275 Schulen und Familienzentren verzahnen.

276 Besonderes Augenmerk braucht die psychische Gesundheit von Kindern und
277 Jugendlichen. Beratungs-, Unterstützungs- und Behandlungsangebote müssen
278 leichter und schneller erreichbar sein. Die angekündigte eigenständige
279 Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und
280 Jugendlichen muss zügig umgesetzt und die psychotherapeutische Weiterbildung
281 verlässlich finanziert werden. Gleichzeitig dürfen Vergütungskürzungen bei
282 psychotherapeutischen Leistungen bestehende Engpässe nicht weiter verschärfen.
283 Präventive und niedrigschwellige Angebote an Schulen und anderen Lebensorten
284 junger Menschen wollen wir stärken.

285 Kinderfreundliche und inklusive Quartiere stärken

286 Gute Lebenschancen entstehen auch vor der eigenen Haustür. Kinder und
287 Jugendliche brauchen sichere und barrierefreie Spiel-, Bewegungs- und
288 Begegnungsräume, Grünflächen und eine gut erreichbare soziale Infrastruktur.
289 Bezahlbarer, familiengerechter und barrierefreier Wohnraum gehört ebenso zu
290 guten Aufwuchsbedingungen.

291 Besonders benachteiligte Quartiere müssen gezielt und ressortübergreifend
292 gestärkt werden. Dafür müssen Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und
293 Stadtentwicklungspolitik stärker zusammengedacht und auf verlässliche
294 sozialraumorientierte Datengrundlagen, wie integrierte kommunale
295 Sozialplanungen, gestützt werden. Denn die Postleitzahl eines Kindes darf nicht
296 über seine Lebenschancen entscheiden.

297 6. Chancengarantie nach der Schule fortsetzen

298 Die Chancengarantie darf nicht mit dem Schulabschluss enden. Ausbildung, Studium
299 und berufliche Weiterbildung müssen unabhängig vom Einkommen und
300 Bildungsabschluss der Eltern erreichbar sein. Wir wollen Berufsorientierung
301 stärken und Übergänge besser begleiten.

302 Kein junger Mensch darf am Übergang verloren gehen

303 Jugendberufsagenturen und die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit von
304 Schule, Jugendhilfe, Arbeitsagentur und Jobcentern wollen wir flächendeckend
305 stärken. Junge Menschen mit Unterstützungsbedarf brauchen eine verlässliche
306 Begleitung aus einer Hand, statt zwischen unterschiedlichen Zuständigkeiten hin-
307 und hergeschickt zu werden. Unnötige Warteschleifen und Maßnahmeketten im
308 Übergangssystem wollen wir vermeiden und den direkten Weg in qualifizierende
309 Ausbildung und Beschäftigung stärken.

310 Ausbildung und Studium müssen bezahlbar sein

311 Die von der Bundesregierung beschlossenen Verbesserungen beim BAföG reichen
312 nicht aus. Wir wollen das BAföG strukturell weiterentwickeln und die
313 Bedarfssätze künftig automatisch an die tatsächliche (regionale) Entwicklung der
314 Lebenshaltungs- und Wohnkosten anpassen. Die Freibeträge müssen so
315 fortentwickelt werden, dass wieder mehr junge Menschen förderberechtigt werden

316 Auch eine Ausbildung muss man sich leisten können. Deshalb brauchen wir eine
317 auskömmliche Ausbildungsvergütung, bezahlbare Mobilität und mehr bezahlbaren
318 Wohnraum für Auszubildende. Berufliche Aufstiegsfortbildungen müssen ebenso
319 verlässlich unterstützt werden wie akademische Bildungswege. Weiterbildung und
320 berufliche Neuorientierung müssen auch im weiteren Erwerbsleben möglich sein.
321 Ausbildung, Studium und Weiterbildung müssen zudem inklusiv und barrierefrei
322 zugänglich sein. Notwendige Assistenz und Unterstützung müssen verlässlich und
323 unbürokratisch zur Verfügung stehen.

324 7. Kinderrechte stärken und junge Menschen konsequent beteiligen

325 Chancengerechtigkeit bedeutet auch, Kinder und Jugendliche nicht nur als
326 Adressat*innen politischer Entscheidungen zu betrachten, sondern als
327 eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten und Interessen. Wir wollen
328 Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz verankern und dabei die Maßstäbe der
329 UN-Kinderrechtskonvention zugrunde legen. Auf Bundes- und Landesebene wollen wir
330 unabhängige Kinder- und Jugendbeauftragte als starke Interessenvertretungen
331 etablieren. In Kommunen, Kitas und Schulen brauchen wir verbindliche,
332 barrierefreie und altersgerechte Beteiligungsformate, damit Kinder und
333 Jugendliche Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, tatsächlich mitgestalten
334 können.

335 Chancengarantie für die nächste Generation

336 Unsere Chancengarantie bedeutet: nicht die Herkunft eines Menschen, sondern
337 seine Fähigkeiten, Interessen und eigenen Entscheidungen sollen seinen Lebensweg
338 bestimmen. Dafür braucht es einen handlungsfähigen Sozialstaat, eine starke
339 öffentliche Infrastruktur und gezielte Unterstützung dort, wo die
340 Ausgangsbedingungen schwieriger sind.

341 Chancengerechtigkeit und Eigenverantwortung sind dabei keine Gegensätze: wer
342 Menschen etwas zutraut, muss ihnen auch die Voraussetzungen geben, ihren eigenen
343 Weg gehen zu können.

344 Eine Gesellschaft, die allen Kindern echte Chancen eröffnet, ist sozial
345 gerechter, wirtschaftlich stärker und demokratisch stabiler.

346 Chancengerechtigkeit ist deshalb keine sozialpolitische Einzelaufgabe, sondern
347 eine zentrale Zukunftsaufgabe unseres Landes.

Einfache Sprache

348 Worum es geht

349 Wir Grüne wollen ein Land, in dem jedes Kind gute Chancen hat. Es soll nicht
350 davon abhängen, aus welcher Familie ein Kind kommt. Das nennen wir Chancen-
351 Garantie. Eine Garantie ist ein festes Versprechen, auf das man sich verlassen
352 kann. Chancen-Garantie bedeutet nicht, dass jedes Kind studieren oder viel Geld

353 verdienen muss. Es bedeutet: Jedes Kind soll seinen eigenen Weg gehen können.
354 Die Herkunft oder das Geld von den Eltern sollen dabei keine Grenzen setzen.

355 Wie es heute ist

356 In Deutschland hängen die Chancen von einem Kind immer noch stark von seinen
357 Eltern ab. Kinder aus Familien mit wenig Geld haben es in der Schule oft
358 schwerer. Sie sind öfter krank und können seltener in einen Sportverein gehen
359 oder ein Instrument lernen. Jedes vierte Kind in Deutschland ist von Armut
360 bedroht. Die Unterschiede fangen schon bei ganz kleinen Kindern an und bleiben
361 oft das ganze Leben. Im Jahr 2024 haben ungefähr 62.000 junge Menschen die
362 Schule ohne Abschluss verlassen. Das ist ungerecht. Und es schadet dem ganzen
363 Land, weil uns so Fach-Kräfte fehlen.

364 Oft kommt die Hilfe nicht bei den Kindern an. Ein Beispiel ist das Bildungs- und
365 Teilhabe-Paket, kurz BuT. Damit bekommen Kinder aus Familien mit wenig Geld
366 Unterstützung, zum Beispiel für den Sportverein. Aber die meisten Kinder, die
367 ein Recht darauf haben, bekommen das Geld nicht. Der Grund dafür ist: Die
368 Anträge sind zu kompliziert.

369 Was wir schon erreicht haben und was noch fehlt

370 Als wir Grüne in der Bundesregierung waren, haben wir das Startchancen-Programm
371 auf den Weg gebracht. Dadurch bekommen ungefähr 4.000 Schulen mit vielen
372 benachteiligten Kindern mehr Unterstützung. Die Kinder-Grundsicherung haben wir
373 nicht geschafft. Mit ihr sollte die Hilfe für Kinder einfacher werden. Dieses
374 Ziel geben wir nicht auf.

375 Die heutige Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD spricht beim Sozialstaat vor
376 allem über Kosten. Sozialstaat bedeutet: Der Staat hilft den Menschen, wenn sie
377 in Not sind. Wir finden: Wer bei Kindern spart, spart nicht wirklich. Denn
378 später wird es teurer. Menschen sollen Verantwortung für ihr Leben übernehmen.
379 Aber dafür brauchen sie auch faire Chancen.

380 Unsere Forderungen

381 Die Bundes-Delegierten-Konferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert deshalb:

382 1. Früh helfen

383 Hilfe soll kommen, bevor aus einem schwierigen Start dauerhafte Nachteile
384 werden. Das nennt man Vorbeugung. Es soll überall Hebammen und Beratung geben,
385 die Familien auch zu Hause besuchen. Lotsinnen und Lotsen sollen Familien den
386 Weg zu den richtigen Angeboten zeigen. Städte und Gemeinden haben für solche
387 Angebote oft zu wenig Geld. Deshalb sollen Bund und Länder sie dabei dauerhaft
388 unterstützen.

389 Außerdem soll jedes Kind automatisch einen Kita-Platz angeboten bekommen, wenn
390 es ein Jahr alt wird. Die Eltern entscheiden dann selbst, ob sie den Platz
391 annehmen.

392 2. Gute Kitas für alle Kinder

393 Kitas in schwierigen Stadtteilen sollen mehr Geld und mehr Personal bekommen,
394 zum Beispiel für kleinere Gruppen und für Sprach-Förderung. Dort sollen Kitas
395 auch zu Familien-Zentren werden, in denen Familien Beratung bekommen. Kitas

396 sollen inklusiv sein. Inklusion bedeutet: Alle Kinder gehören dazu, auch Kinder
397 mit Behinderung. Dafür brauchen wir mehr Erzieherinnen und Erzieher.

398 Das letzte Jahr vor der Schule soll für alle Kinder Pflicht und kostenlos sein.
399 Das nennen wir Chancen-Kitajahr.

400 3. Mitmachen einfach machen

401 Ob ein Kind Fußball spielt oder mit auf Klassenfahrt fährt, darf nicht vom Geld
402 der Eltern abhängen. Das Geld aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket soll deshalb
403 automatisch kommen, ohne komplizierte Anträge. Mit einer digitalen Karte sollen
404 Kinder die Angebote einfach bezahlen können, ohne dass andere es merken. Das
405 Geld muss auch wirklich reichen und regelmäßig erhöht werden, wenn die Preise
406 steigen.

407 4. Gerechte Schulen

408 Heute werden Kinder schon nach der vierten Klasse auf verschiedene Schulen
409 aufgeteilt. Das ist zu früh, denn Kinder entwickeln sich unterschiedlich
410 schnell. Wir wollen, dass Kinder länger gemeinsam lernen. Schulen mit vielen
411 benachteiligten Kindern sollen mehr Geld bekommen. Das Startchancen-Programm
412 soll deshalb weitergehen, und auch für Kitas soll es so ein Programm geben.
413 Kinder mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam lernen können und die
414 Unterstützung bekommen, die sie brauchen. An jeder Schule soll es Schul-
415 Sozialarbeit geben. Das sind Fachleute, die Kindern und Jugendlichen bei
416 Problemen helfen.

417 5. Kinderarmut bekämpfen

418 Gute Bildung allein reicht nicht gegen Kinderarmut. Deshalb brauchen wir einen
419 Gesamt-Plan, bei dem alle Bereiche der Regierung zusammenarbeiten. Die Hilfen
420 für Kinder sollen einfacher werden und automatisch ankommen. Kinder aus Familien
421 mit wenig Geld sollen in Kita und Schule ein gesundes und kostenloses
422 Mittagessen bekommen. Wenn es Kindern seelisch schlecht geht, sollen sie
423 schneller Hilfe bekommen. Und Familien brauchen bezahlbare Wohnungen und gute
424 Orte zum Spielen in ihrem Stadtteil.

425 6. Chancen auch nach der Schule

426 Alle jungen Menschen sollen eine Ausbildung machen oder studieren können, egal
427 wie viel Geld die Eltern haben. Junge Menschen sollen Hilfe an einer Stelle
428 bekommen und nicht von Amt zu Amt geschickt werden. Das BAföG ist Geld vom Staat
429 für Studierende. Es soll automatisch steigen, wenn das Leben teurer wird. Und
430 wieder mehr junge Menschen sollen BAföG bekommen. Auch Auszubildende brauchen
431 genug Geld und bezahlbare Wohnungen.

432 7. Kinderrechte stärken

433 Kinder haben eigene Rechte. Diese Rechte sollen im Grundgesetz stehen. Das
434 Grundgesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland. In Städten, Kitas und
435 Schulen sollen Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen mitreden können, die
436 ihr Leben betreffen.

437 Zum Schluss

438 Nicht die Herkunft soll über den Lebensweg von einem Menschen entscheiden,
439 sondern seine Fähigkeiten und seine eigenen Entscheidungen. Eine Gesellschaft,

440 die allen Kindern echte Chancen gibt, ist gerechter, wirtschaftlich stärker und
441 demokratisch stabiler. Deshalb ist das eine der wichtigsten Aufgaben für die
442 Zukunft von unserem Land.